

Es kann nur den Verhandlungsweg geben

Zur: „Macron irritiert Berlin“, FR-Politik vom 6. Dezember

Eine unscheinbare Nachricht der FR, übernommen von afp. Macron fordert in einem Interview Sicherheitsgarantien für Russland in einer Sicherheitsarchitektur der Welt von morgen. Und zwar – so seine Ansage – in völliger Übereinstimmung mit dem amerikanischen Präsidenten Biden. Das sei die Bilanz seines Staatsbesuchs in Washington. Ein wichtiger Punkt für Putin sei „die Angst, dass die Nato vor seiner Haustür stehe und dass Waffen stationiert werden, welche die Sicherheit Russlands bedrohen“. Man müsse Druck auf Moskau ausüben, damit es an den Verhandlungstisch zurückkomme. Der außenpolitische Sprecher der SPD widerspricht umgehend: „Solange Russland eine imperialistische Außenpolitik verfolgt, ist eine gesamt-europäische Friedenspolitik unter Einschluss Russlands nicht möglich.“

So lapidar die Notiz, so umfangreich die Fragen, die sich stellen, und Widersprüche, die sich auftun. Biden und Macron wissen, dass der Oberkommandierende der ukrainischen Streitkräfte Salutschki erklärte, seine Armee werde „keine Verhandlungen, Vereinbarungen oder Kompromisse akzeptieren“. Ein Affront also gegen die Strategie Selenskis, die ausgelegt ist auf den vollständigen Sieg über Russland? „Russland liegt auf dem Rücken“, sagt der Chef der US-Streitkräfte Milley, verfüge aber immer noch über große Kampfkraft, es sei physisch sehr schwierig, die Russen aus der Ukraine zu vertreiben. Es könne eine politische Lösung geben, bei der sie sich zurückziehen. Meint er damit einen Friedensvertrag? Unter welchen Bedingungen? Weitere Fragen: Kann man aus der Formulierung Macrons, Putin möge an den Verhand-

lungstisch zurückkehren, schließen, es sei bereits verhandelt worden? Verhandlungen, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahren hat? Ist die Abstimmung zwischen Biden und Macron auch eine Ohrfeige für die Ukrainepolitik Deutschlands, die auf immer mehr Waffen, Sanktionen und Hochrüstung setzt? Olaf Scholz schweigt, aber setzt weiter auf konzertiertes Rüsten. Bei der sich abzeichnenden Pattsituation zöge sich der Krieg noch Jahre hin mit Ausblutung der Gegner und – schlimmer – der leidenden Bevölkerung. Deshalb kann es nur den Verhandlungsweg geben, vielleicht die Rückkehr zu den Minsker Abkommen, für die Deutschland und Frankreich Garantiemächte sind. Nun scheinen Frankreich und die USA sich auf den Weg gemacht zu haben. Friede auf Erden, und den Menschen ein Wohlgefallen!
Jörg Sternberg, Hanau

Gespräche sind Basis für Frieden

Friedensfragen: „Soll die Wissenschaft den Kontakt nach Russland abbrechen?“, FR-Politik vom 13. Dezember

Den Artikel von Reinhard Hesse habe ich mit Interesse, aber auch mit Bestürzung gelesen. Selbst habe ich unendliche Male am Grab von Immanuel Kant am Königsberger Dom im heutigen Kaliningrad gestanden und in und vor der Universität, die seit 2005 nach dem berühmten Sohn der Stadt benannt ist. Immer liegen am Grab frische Blumen, die bezeugen, welche Verehrung der Philosoph auch heute in seiner ehemaligen Heimatstadt genießt. Frisch vermählte Hochzeitspaare legen hier ihre Sträuße nieder für den Verfasser des Traktats „Vom ewigen Frieden“ und schießen Erinnerungsphotos. Die Menschen, mit denen ich sprach, sehen in Kant einen „Landsmann“, natürlich keinen Russen, eher ei-

nen „Ostproußen“, einen „Weltbürger“, obwohl er diese Stadt kaum verlassen hat. Für Kant ist Frieden kein natürlicher Zustand zwischen Menschen. Er muss deshalb gestiftet und abgesichert werden, und die Gewährung des Friedens erklärt Kant zur Sache der Politik. Immerhin ist die Charta der Vereinten Nationen wesentlich von der Schrift „Vom ewigen Frieden“ beeinflusst. Wenn jetzt zu Recht darüber nachgedacht wird, wie der Ukraine nach einem hoffentlich baldigen Ende des mit nichts zu rechtfertigenden russischen Angriffs Wiederaufbauhilfe geleistet werden kann, dann gehört die Beschäftigung mit diesem großen Weltbürger anlässlich seines

300. Geburtstags als gedankliche Grundlage dazu. Ich bin genau wie Reinhard Hesse bestürzt, dass von deutscher Seite als Reaktion auf den Ukraine-Krieg eine Mitwirkung bei der Vorbereitung des Kant-Kongresses im April 2024 eingestellt worden ist. Mit Hesse wünsche ich, dass die vielen und vielseitigen deutsch-russischen Gespräche weiterhin eine Basis sind für das, was Kant den „ewigen Frieden“ nennt, und dass der Kongress dazu ein wichtiger Meilenstein sein kann. Sonst besteht die Gefahr, dass Kant ganz von Russland propagandistisch vereinnahmt wird, zumal seine Werke zurzeit auf Putins Geheiß bis 2024 ins Russische übersetzt vorliegen sollen. Vera Gast-Kellert, Gummersbach

Totalsperrungen sind eine absurde Idee

Bahnverkehr: „Wieder einmal nicht krisenfest“, FR-Tagesthema vom 30. November

Im Artikel werden beispielhaft hausgemachte Probleme der Bahn in Deutschland verdeutlicht, insbesondere die Folgen der jahrelang vernachlässigten Infrastruktur. Wer eine grundsätzliche Änderung der Politik im zuständigen Ministerium erwartet hatte – wegen der Klimakrise dringend erforderlich –, wurde enttäuscht. Es zeigt sich, dass nach Jahren unter unfähigen CSU-Ministern in FDP-Mann Volker Wissing wiederum ein Mann an der Spitze steht, der dem Autoverkehr und der Bauindustrie zugewandt ist. Dass er am Schienenverkehr wenig Interesse zeigt, ist fatal für die notwendige Verkehrswende!

Die Straßengüterverkehrszentren auf die Bahn. Diese Ziele werden quasi abgesagt. Auch mittelfristig ist keine Trendwende zu erkennen! Welche Schwachstellen des Bahnbetriebs vorrangig angegangen werden müssten, wurde von kompetenten NGOs und Bürgerinitiativen dargelegt: Es gibt keine Pläne für die zur Verkehrssteigerung notwendigen Baumaßnahmen (Zahl der Ausweichgleise und Gleisanschlüsse erhöhen, Zahl der Weichen verdoppeln, Flaschenhälse im Netz beseitigen). Schon gar nicht sind Pläne bekannt, wie der seit 1994 erfolgte Abbau des Schienennetzes rückgängig gemacht wird zugunsten eines einigermaßen flächendeckenden Netzes! Stattdessen das hier erwähnte „Vorzeigeprojekt“ von Minister Wissing und Bahnchef Lutz: die Generalsanierung ganzer Hauptachsen mit halbjähr-

iger Totalsperrung! Bahnfahrende Pendler werden wieder auf die Straßen gezwungen, Fernreisende werden verprellt – die Verdoppelung des Schienenverkehrs wird unmöglich. Wie kommt man zu der absurden Idee von Totalsperrungen? Es ist davon auszugehen, dass die Interessen der Bau- und Autohersteller eine Rolle spielen – so wie bei irrsinnigen Großprojekten wie dem zehn Milliarden teuren Stuttgart 21. Auch steht eine Logik der Bahnverantwortlichen dahinter: Man lässt das Schienennetz verrotten; Ersatz und Neubau werden vom Bund finanziert! Wie könnte eine Verkehrswende gelingen? Der Fisch stinkt vom Kopf her! Eine Umstrukturierung des Bahnkonzerns wäre Voraussetzung, eine Neubesetzung des Managements mit Eisenbahnfachleuten notwendig! Winfried Kallabis, Dieburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221220

Warum jetzt diese Eile?

Hessen: „Maskenpflicht im ÖPNV bleibt“, FR-Region vom 19. November

Verpflichtende Schutzmaßnahmen sind vorgesehen, um vulnerable Gruppen zu schützen. Da werden immer Krankenhäuser und Altenheime erwähnt. Personen vulnerabler Gruppen (und deren Angehörige) sind nicht kaserniert – nein, sie dürfen vor die Tür! Sie leben auch zu Hause! Sie möchten ja vielleicht einmal wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

„Wer krank ist, bleibt wie bei anderen infektiösen Erkrankungen zu Hause, wer sich wohlfühlt und symptomfrei ist, kann arbeiten“ (E. Pinkowski, Präsident Landesärztekammer). Es gehen viele arbeiten, auch wenn sie nicht symptomfrei sind. Aus Pflichtgefühl und wegen der Erwartungen des Arbeitgebers (s. P. Heimer, Linksfraktion).

Rücksichtnahme und Schutz anderer in Form von Maskentragen ist eine Freiheitseinschränkung? Was ist denn bitte dabei, in Innenräumen Masken zu tragen? Herr Pürsün (FDP) findet, die Lockerungen reichten noch nicht? Die Maskenpflicht solle in öffentlichen Verkehrsmitteln wegfallen? Total logisch im Angesicht einer anrollenden Grippepelle. Fehlen ihm zum Thema Covid vielleicht Informationen, auch über die vulnerablen Teile der Gesellschaft, oder ist das blanke Rücksichtslosigkeit? Warum insgesamt diese Eile bei den Lockerungen, jetzt, im Winterhalbjahr? Britta Klemm, Frankfurt

Demokratie wird gelebt

Zur: „Mehr Sicherheit für Engagierte“, FR-Politik vom 15. Dezember

Die Absicht, mit verschiedenen Maßnahmen die Demokratie in der Bundesrepublik zu stärken, ist begrüßenswert. Nach meiner Einschätzung wird die Demokratie aber bereits gelebt von den vielen Nichtregierungsorganisationen wie „Attac“, „We move“, „change org“ oder „Compact“. Diese Organisationen betreiben Demokratie von unten, wie ich sie verstehe. Warum sie bislang nicht als gemeinnützig anerkannt sind, bleibt nicht nur mir unverständlich. Sabine Groß, Meinhard

Ab ins Tattoo-Studio!

Nach der WM: „Neuendorfs Elefantenrunde“, FR-Sport vom 14.12.

In der deutschen Nationalelf war nur ein Spieler ordentlich tätowiert. Auf diesem Niveau reicht das nicht. Das ist einfach zu wenig. Darum als Hinweis an die Elefantenrunde: Schickt die Spieler ins Tattoo-Studio! Dann klappt's bei der Europameisterschaft. Fritz Brehm, Frankfurt